

Abend
 Sehen
 a Hambfch
 November 1919
 Badischen Hofes.

unde und Be-
 8. November

er

bulach freund-

Altulach,
 Selgental.

ren Einladung

ng.

nde und Be-
 8. November

er

nbach freund-

agen.
 en.
 ell.

monikas

Nach sind 75 Stück
 Gramophon,
 Reparaturen werden
 sofort erledigt bei
 Ziehharmonika-
 im, Bergstr. 27.

kt Erfolg!

Brau

en

alkolmo.

akenes

mino oder
 flügel

othand zu kaufen
 Angebote unter
 an die Geschäfte
 Blattes erbeten.

verdirbt

daher nur
 chsiederpüb

n

Regen und Schnee

weiß. —
 austragen.



Nr. 259. Calw- und Anzeigebblatt für den Oberamtsbezirk Calw. 94. Jahrgang.

Ercheinungswelle: 6 mal wöchentlich. Anzeigepreis: Die kleinste Seite 28 Pf. wöchentlich. — Schluss der Anzeigenannahme 9 Uhr vormittags. — Fernsprecher 9.

Donnerstag, den 6. November 1919.

Bezugpreis: In der Stadt mit Zustellung RM. 3.30 vierteljährlich. Postbezugspreis im Ort u. Nachbarort vierteljährlich RM. 1.60, L. Fernvertrieb RM. 2.00. Bestellg. u. Zuschlagn. 90 Pf.

Die neuen Erpressungsforderungen der Entente.

Die Entente stellt dem seit einem Jahre mit allen Schikanen und gemeinstem Zynismus vergewaltigten deutschen Volke in einer Note das verlockende Ziel vor Augen, daß nun der Frieden eigentlich ratifiziert werden könne, da drei der Ententehauptmächte, England, Frankreich und Italien, die Ratifikation vorgenommen hätten. Aber die Ententemächte hätten beschlossen, den Vertrag nicht in Kraft zu setzen, ehe die Ausführung der von Deutschland durch das Waffenstillstandsabkommen und die (erpreßten) Zusatzverträge übernommenen Verpflichtungen, die nicht erfüllt seien, geregelt und bestimmt sei. Es seien u. a. noch 42 Lokomotiven und 4460 Wagen zu liefern; auch sei die Zurückziehung der deutschen Truppen aus dem Baltikum trotz aller Aufforderungen noch nicht erfolgt. Die vollständigen Verzeichnisse der in den von Deutschland mit Krieg überzogenen Gebieten von den Deutschen weggenommenen, eingesammelten oder konfiszieren Gelder und Werte seien noch nicht übergeben worden. Trotz der Verpflichtung, vor der Auslieferung keine Schiffe zu zerstören, seien die deutschen Schiffe in Scapa Flow zerstört worden. Alle aus Frankreich und Belgien entnommenen Kunstgegenstände und Kunstdokumente seien noch nicht zurückgefordert. Die Verpflichtung betr. Lieferung landwirtschaftlicher Maschinen sei noch nicht vollständig erfüllt. Trotz der Verpflichtung, Kriegsmaterial aller Art nicht auszuführen, sei Luftschiffmaterial nach Schweden, Holland und Dänemark ausgeführt worden. Eine gewisse Anzahl der unerfüllten oder unvollständig erfüllten Bestimmungen sei durch den Vertrag vom 28. Juni 1919 erneuert worden.

Die Note sagt weiter: Die a. und a. Mächte vermögen nicht die übrigen Verpflichtungen gegen das Waffenstillstandsabkommen und so schwere Verletzungen, wie die Zerstörung der deutschen Schiffe in Scapa Flow, die Zerstörung des U-Boots UC 48 in dem Seeraum von Ferol und die Zerstörung verschiedener U-Boote in der Nordsee, die zwecks Ablieferung auf dem Wege nach England waren, ungestraft zu lassen. Deutschland müsse sich infolgedessen zur Wiedergutmachung für die Zerstörung der deutschen Flotte in Scapa Flow innerhalb 60 Tagen nach Unterzeichnung des Protokolls verpflichten, die leichte Kreuzer „Königsberg“, „Pillau“, „Regensburg“ und „Straßburg“, sowie innerhalb 90 Tagen in völlig gutem und gebrauchsfähigem Zustand insgesamt 400 000 Tonnen an Schimmastock, Schwimmmotoren, Schleppern und Baggern anzuliefern. Innerhalb 10 Tagen nach der Unterzeichnung des Protokolls sind die Maschinen und Motore der U-Boote U 137, U 138 und U 150 abzuliefern. Deutschland müsse sich weiter verpflichten, den Ententemächten den Wert des ausgeführten Luftfahrzeugmaterials gemäß Entscheidung und Abschätzung des im Friedensvertrag vorgesehenen Disziplinierungsausschusses zu zahlen.

Das Protokoll schließt: Sofern Deutschland diesen Verpflichtungen in den oben vorgesehene Fristen nicht nachkommen sollte, behielten sich die a. und a. Mächte vor, alle militärischen und andere Zwangsmaßnahmen zu ergreifen, die sie für angezeigt erachteten.

Es ist klar, daß die neue Note nichts weiter verfolgt als neue Auspressung Deutschlands, für die den Alliierten jedes Mittel recht ist. Wir haben mehr Eisenbahnmaterial an die Entente geliefert als verlangt war, aber die Franzosen haben sich Zeit zum Auslesen gelassen, und haben den größten Teil abgelehnt, was im Waffenstillstandsvertrag nicht vorgesehen war. Die Entente hatte bei Abschluß des Waffenstillstandsvertrags keinerlei direkte Ansprüche auf die deutsche Flotte geltend gemacht, die Auslieferung der Flotte war nur als militärische Maßregel zu betrachten, sonst hätte man doch die deutsche Besatzung nicht auf den Schiffen lassen brauchen. Die Flotte befand sich formal also noch in deutschem Besitz, und somit kann die Entente auch keinen Schadensersatzanspruch an Deutschland stellen. Genau so wenig aber wie für die Verfenkung der deutschen Flotte kann man Deutschland für das Verbleiben der deutschen Kriegswaffen im Baltikum, das ansfangs von der Entente gegen den Widerstand der deutschen Regierung verlangt worden war, verantwortlich machen. Ganz schamlos ist ja dann weiterhin die Forderung, Deutschland solle Schadenersatz leisten für die in den Jahren 1915 und 1916 an Holland verkauften Schiffe: die deutsche Regierung hat darauf eine recht wohlweisliche Antwort erteilt, nach welcher sie sich, trotzdem sie einen rechtlichen Anspruch der Entente nicht anerkennen vermag, einem holländisch-ententeischen Schiedsgericht unterwerfen will. Wenn eine solche Willkür der Entente ohne Widerstand bis zum letzten durchgelassen wird, dann wird sie bald ihr Ziel, die vollständige Vernichtung des deutschen Wirtschaftslebens durch Aufsaugung der Wirtschaftskräfte erreicht haben. Unsere Flotte und namentlich unsere Werftanlagen zum Bau von neuen Schiffen sollen genommen werden, damit wir in bezug auf den Seehandel Jahre lang zurückgefallen werden, bis die Entente den deutschen Handel, dem man auch durch den Vermögenszug der Deutschen im Aus-

land einen vernichtenden Schlag versetzt hat, an sich gezogen hat. So wird systematisch an der Niederdrückung der deutschen Volkswirtschaft gearbeitet, und ihre etwaigen Verdienste sollen als „Wiedergutmachung“ verwendet werden. In Deutschland aber sucht man zum Gaudium der Entente, die doch mit Amerika an der Spitze dieses Ziel planmäßig verfolgt hat, nach dem Schuldigen.

Deutsche Pressestimmen zu den neuen erpresserischen Forderungen der Entente.

Berlin, 5. Nov. In Besprechung der neuen Ententenote (Erpressungsnote, wie einige sagen) weisen die Blätter darauf hin, daß noch festgestellt werden müsse, ob die angeblich unerfüllten Waffenstillstandsbedingungen wirklich nicht ganz erfüllt wurden und aus welchen Gründen die Erfüllung bisher teilweise unterblieb. Gegenüber den Bemängelungen der Ententenote wird u. a. darauf hingewiesen, daß der Ententekommission 10 000 Lokomotiven und 270 000 Waggons vorgeführt wurden, unter denen sie die geforderten 5000 Lokomotiven und 160 000 Waggons hätte auswählen können. Ferner würden von den Franzosen noch 12 000 deutsche Waggons in Schatz zurückbehalten, auf die Deutschland Anspruch habe. Diese Tatsache sollte zunächst einmal erörtert werden. Auch die neuen Schiffsforderungen der Entente haben nur den Zweck, jedes wirtschaftliche Wiederaufleben Deutschlands zu verhindern, und stehen in offenem Widerspruch zu allen Versicherungen, daß man die deutsche Wirtschaft nicht vernichten wolle. Der „Lokalanzeiger“ kennzeichnet die Note als brutale Neuauflage der Friedensbedingungen. Das Wort des führenden englischen Staatsmannes, man wolle sich mit Deutschland verständigen, werde durch diese Note Lügen gestraft. Die „Rundschau“ nennt die Note eine Fortsetzung der Schraube ohne Ende, die mit der Ueberreichung der Waffenstillstandsbedingungen angefangen wurde. Der Dreck und die Erpressung soll nicht enden, bis wir als willfährige Sklaven am Boden liegen und Frankreich Deutschland zum Zummelplatz des französischen Militarismus gemacht hat. Mit vielem Raffinement sind die Bedingungen in dieser Note so ausgearbeitet worden, daß Deutschland nicht in der Lage ist, sie zu erfüllen. Damit wird zugleich der Boden für eine spätere Erpressung bereitet, und so fort bis ins Unendliche. Der „Börse-Kurier“ schreibt angefaßt der kriegerischen Drohungen der Note: Es ist ein seltsames Dokument ein Jahr nach Abschluß der Feindseligkeiten, ein halbes Jahr nach Unterzeichnung des Friedens und am Vorabend seines endlichen, von der ganzen Welt ersehnten Inkrafttretens. Mit steigender Erbitterung erkennt Deutschland, daß die leitenden Staatsmänner unserer Gegner diesen Frieden mehr zu fürchten, als zu wünschen scheinen.

Das unerträgliche Erpressungssystem der Entente.

Paris, 11. Nov. Reuter. Der Oberste Rat setzte die Niederlande davon in Kenntnis, daß er an seinem Beschluß, die nach dem Ausbruch des Krieges gekauften deutschen Schiffe nicht als holländisches Eigentum anzuerkennen, festhalte. — Die Entente zeigt hier also, daß sie jede Willkür zum Schaden Deutschlands und der Neutralen durchzuführen geneigt ist, denn welches Recht haben die Alliierten, von Deutschland während des Krieges rechtmäßig verkaufte Schiffe als deutsche Schiffe zu fordern?!

Die deutsche Verkehrs- und Kohlennot und die Entente.

Berlin, 5. Nov. Die „Deutsche Allgemeine Zeitung“ schreibt über den Ernst der Lage in einem längeren Artikel unter der Überschrift: „Die deutsche Verkehrs- und Kohlennot und die Entente“ u. a.: Die Lage ist auch noch ansonsten ernst. In der letzten Zeit hat sich wieder ein Mißtrauen der Entente gegen uns eingestellt, vor allem durch die Vorgänge im Baltikum und zwar dadurch, daß die Deutschen wieder in ihren Erbfeind verfallen sind, bald dies bald jenes zu wollen, und daß die meisten Fragen von fünf, sechs Stellen bearbeitet werden, von jeder verschieden behandelt. Dieses Verhalten erscheint nach außen hin als unethisch. Wir haben der Entente im Sommer aus freien Stücken erklärt, schon vor der Ratifikation des Friedens Kohlen nach Frankreich zu liefern. Diese Lieferungen stießen jetzt infolge der Unmöglichkeit der Beförderung. Ein Verständnis der Entente für unsere schwierige Lage ist nicht zu erhoffen. Es wird der Entente in der Kohlenfrage erklärt werden müssen, daß es für uns eine Grenze der Leistungsfähigkeit in dem gibt, was Deutschland zur Aufrechterhaltung der wirtschaftlichen und damit der politischen Ruhe braucht. Es werden Forderungen wirtschaftlicher Art, besonders betreffs Kohlenlieferung an uns gestellt werden, die wie auch mit Aufbietung aller Kräfte nicht erfüllt werden können. Jedermann soll wissen, daß uns in diesem Winter Erstes bevorstehen wird, der Anfang einer Leidenszeit, durch die wir hindurch müssen.

Die internationale Wirtschaftskonferenz über die Lage Deutschlands.

London, 5. Nov. Reuter. Die vom Räte zur Bekämpfung der Hungersnot organisierte internationale Wirtschaftskonferenz beriet heute über die Wirtschafts- und Finanzlage Europas. Der Holländer Dr. Wendeboch, der seit Ausbruch des Krieges ein Wiener Spital leitet, gab ein furchtbares Bild von den Verheerungen, die der Hunger und die Krankheit in dieser Stadt angerichtet haben. Professor Brentano-Deutschland erklärte, es sei zwecklos, sorgfältige internationale Vorkehrungen für die Erhöhung des Lebensstandards der ganzen Welt zu treffen, solange der Standard der großen Masse Zentraluropas fast auf dem asiatischen Niveau stehe. Paris, der die Verhältnisse in Deutschland untersucht hatte, sagte, Deutschland stehe vor einer unermesslichen Katastrophe und wenn der europäische Kredit nicht wiederhergestellt werde, so werde eine haltige bolschewistische Erhebung die Folge sein. Professor Starling, der an der Regierungskommission für Deutschland teilgenommen hatte erklärte, Deutschland stehe am Rande des Hungertodes. Millionen würden dort diesen Winter sterben.

Zur äußeren Lage. Clemenceau in Straßburg.

Straßburg, 5. Nov. (Havas). In seiner Straßburger Programmrede prior Clemenceau die Niederlage des preußischen Militarismus und den Wiederbeginn der wirtschaftlichen Mitarbeit des Elsasses mit Frankreich. Die Wiedergutmachung für Frankreich findet Clemenceau „unaufhörlich“, doch am Ende der Besprechungen zweifeln, heiße Frankreich Unrecht tun. Dieses müsse gegenüber Deutschland auf seiner Sicherheit bestehen, bis Deutschland sich zur Zivilisation „bekehrt“ haben würde. Ueber die Wahlreform in Frankreich sagte der Ministerpräsident ferner: Ist denn jetzt der Augenblick gekommen, aus einer Zusammenhangslosigkeit der Stimmen, wie man sie noch nie gesehen hat, ein Wahlsystem zu schaffen, das eingekantenermaßen dahin reht, die Mehrheit zu Gunsten von Minderheiten zu schwächen, von denen einige eine vollständige Umwälzung anstreben? Weiterhin sagte Clemenceau, keine Nation dürfe sich der Entwicklung zur Selbstregierung des Volkes entziehen. Keine auf geleslichem Wege erstrebte Reform könne die Regierung sprechen; andererseits könne sie Kundgebungen der Gestalt nicht dulden. Die Landarbeiter, die keine Stunden zählen, können nicht zu Partas der Industrie gemacht werden, an deren Vorzügen sie nicht teilnehmen. Die Bauern auf der Scholle geben die Gewähr für die Möglichkeit zum Leben für Frankreich. Auch jetzt, da es von beiden Seiten anerkannt wird, die Bolschewisten stellen der Republik die Machtfrage; denn sie verlangen die Freiheit für sich; wollen aber anderen die Diktatur aufzwingen. Redner schloß: Das Elßas bringt Frankreich guten Willen entgegen, den müsse man steigern.

Die Franzosenherrschaft im besetzten Gebiet.

Ludwigshafen, 5. Nov. Der französische Oberkommandierende der Rheinarnee, General Degoute, hat das Ersuchen zahlreicher Städte und Gemeinden der französischen Besatzungszone, ein Verbot über eine Einschränkung der zureisenden französischen Familien in das besetzte Gebiet mit Rücksicht auf die außerordentliche Wohnungsnot zu verfügen, abgeschlagen. Der Oberkommandierende der englischen Rheinarnee hat dagegen jetzt eine Verordnung erlassen, welche sich gegen das Ueberhandnehmen von Vergnügungsreisen am Rhein durch die Besatzungstruppen wendet.

Die französischen Kolonialtruppen sind in letzter Zeit mehr und mehr von weißen Franzosen ersetzt worden (wegen der kalten Jahreszeit). Der Rücktransport der schwarzen Truppen hat die pfälzischen Bahnen stark in Anspruch genommen, ebenso der Transport der Ablösungstruppen aus Frankreich. Die Städte Ludwigshafen, Kaiserslautern, Landau und Speyer haben stärkere Besatzungen erhalten als während der Waffenstillstandsperiode. Nur etwa 15 kleinere Orte in der Rheinpfalz sind bisher von den Franzosen geräumt worden.

Berlin, 6. Nov. Wie dem „Berl. Lokalan.“ aus Mannheim berichtet wird, wurde unlängst auf der Rheinbrücke von Ludwigshafen der Geheime Kommerzienrat Laßig, der in Ludwigshafen eine Fabrik betreibt, von den Franzosen verhaftet und nach Saarbrücken geschafft. Dort hörte man längere Zeit nichts mehr von ihm. Jetzt ist bekannt geworden, daß er dieser Tage dort wegen angeblicher Verheimlichung beschlagnahmter Vorräte zu einer längeren Freiheitsstrafe verurteilt worden ist.

Die deutschen Freiwilligen im Baltikum.

London, 4. Nov. (Neuer. Unterhaus.) In Erwiderung auf eine Anfrage erklärte Churchill, das verfügbare Beweismaterial beweise, daß die Stärke der deutschen Streitkräfte in den baltischen Staaten etwa 35 000 Mann betrage, von denen 15 000 Mann anscheinend gewillt seien, nach Deutschland zurückzukehren. Die übrigen 20 000 seien den deutschfreundlichen Truppen unter Vermondt beigegeben, dem Judentum die Anerkennung verweigert und den er in die Nacht erklärt habe.

Kowno, 3. Nov. Am 31. Oktober sind etwa 1000 deutsche Truppen bei Dauroggen in Litauen einmarschiert. Die Versuche, die Truppen zur Rückkehr nach Deutschland zu bewegen, sind bis jetzt erfolglos gewesen.

Die russischen Randstaaten als Preisbuch der Entente gegen den Bolschewismus.

Stockholm, 5. Nov. Nach einer Warschauer Meldung hat die Entente Polen aufgefordert, mit den Randstaaten eine gemeinsame Front gegen die Bolschewisten zu bilden. Die Polen erklärten sich hierzu bereit, sobald die deutschen Truppen die Ostprovinzen verlassen hätten.

Arbeiterschuhkonferenz in Washington.

Berlin, 5. Nov. Der allgemeine Deutsche Gewerkschaftsbund, der Gesamtverband der christlichen Gewerkschaften Deutschlands und der Verband der deutschen Gewerkschaften (Hirsch-Dünker) hat auf die Nachricht von der Zulassung deutscher Vertreter zur internationalen Arbeiterschuhkonferenz in Washington nachstehenden Einspruch an die Konferenz gefandt: Die deutsche Arbeiterschaft, vertreten durch ihre Berufsorganisationen, begrüßt den Beschluß der Washingtoner Arbeiterschuhkonferenz, wonach Vertreter Deutschlands mit gleichen Rechten und Pflichten zu den Verhandlungen zugelassen worden sind. Unhaltbare Ueberfahrt unserer Vertreter wird leider noch durch Passageschwierigkeiten verhindert. Falls sich diese beheben lassen, werden die deutschen Vertreter an den hohen Aufgaben der Konferenz im Interesse der gesamten Arbeiterschaft gern mitwirken. — Bekanntlich hat die amerikanische Regierung erklärt, sie habe leider keinen Schiffsraum zur Verfügung, und die deutschen Vertreter müßten daher sehen, wie sie herüber kommen. Man kann sich also denken, wie freudig man die deutschen Vertreter begrüßen wird.

Ausland.

Katastrophale Kohlennot in Wien.

Wien, 5. Nov. (Korr.-Bur.) Infolge einer Mitteilung des Bürgermeisters in der heutigen Stadtrats-sitzung ist in der Kohlenversorgung Wiens eine derartige Verschlimmerung eingetreten, daß der Betrieb der Elektrizitäts- u. Gaswerke auf das schwerste gefährdet erscheint.

Ein französisches Unternehmersyndikat.

Paris, 5. Nov. Der „Matin“ meldet, daß unter der Bezeichnung „Confederation generale de la Production Francaise“ ein Unternehmersyndikat gegründet wurde, das die Vertreter aller großen französischen Industrien, die in 21 Gruppen organisiert sind, umfaßt. Die Statuten des Syndikates bezeichnen als Zweck desselben die Hebung der französischen Produktion sowie Ausfuhrfragen.

Der amerikanische Schiffsraum.

Ausforden, 6. Nov. „Telegraph“ meldet aus London, daß der Vorsitzende des Handelsausschusses des amerikanischen Senats bei der Einbringung der Gesetzentwürfe über die Schiffsraumpolitik erklärte, die amerikanische Handelsflotte werde Ende 1920 18 Millionen Tonnen umfassen, von denen acht Millionen Tonnen Eigentum der amerikanischen Regierung seien.

Englands Tiefenluftschiff geht nach Amerika.

ml. Das große englische lenkbare Luftschiff „R 38“ ist fobden für rund 12 Millionen M an die Admiralität der

Vom Handwerk und seinen Bräuden.

Ein Blick in Deutschlands Vergangenheit.

Von H. Hasemann.

ml. Handwerk hat goldenen Boden! Dieser alte Spruch, der aus einer längst verschwundenen Vergangenheit stammt, hat unter gewissen Voraussetzungen auch heute noch seine Gültigkeit. Längst sind freilich die Zeiten dahin, da der Handwerker allein maßgebend war im Rate der deutschen Städte, da die Handwerkszünfte zu den maßgebenden Vereinigungen gehörten, die ein bedeutendes Wort im Gemeinwesen mitzusprechen hatten, und mit denen, zumal in den freien Reichsstädten, der Rat gewaltig zu rechnen hatte. Denn waren die Zünfte für Neuerungen oder große Ausgaben nicht zu gewinnen, oder verwarf der Rat es sonstwie mit ihnen, so erwuchs ihm daraus ein nicht zu unterschätzender Feind, dem die meisten und angesehensten Mitglieder der Bürgerschaft angehörten.

Zucht und Sitte innerhalb der Gilden waren außerordentlich streng. Auf richtiges Maß und Gewicht wurde mit einer Strenge gehalten, die heutzutage sonderbar anmutet. In regelmäßigen Abständen erschien, vom Bürgermeisteramt oder in den freien Reichsstädten vom Rate gesandt, in den Werkstätten ein sogenannter „Bardein“, der nachzuprüfen hatte, ob in der Werkstatt auch genau nach den vorgeschriebenen Regeln gearbeitet wurde. War dies nicht der Fall, stimmten Maß und Gewicht nicht, so wurde der schuldige Handwerksmeister unweigerlich aus der Gilde ausgeschlossen und führte dann den Namen „Freiböttcher“, „Freischuster“ oder „Freibäder“, je nach dem Handwerk, das er betrieb, zum Zeichen, daß er seiner Gilde nicht mehr angehörte. Der Ausgeschlossene war ein geschlagener Mann; denn niemand wollte bei dem Verfehlten mehr arbeiten lassen. War die Verfehlung schlimm, so konnte die Ausstoßung auf Lebenszeit geschehen, in geringfügigeren Fällen jedoch wurde sie nach einigen Jahren wieder aufgehoben. Verpönt war auch das sog. „ins Handwerk pflücken“; kein Handwerker durfte eine

Ämtliche Bekannmachungen.

Bekanntmachung von Zwiebad.

Zu Monat November ds. Js. sind nach der eingeführten Reihenfolge folgende Bäcker berechtigt, Zwiebad herzustellen, und zwar:

Herr Hermann Giebertz, hier

Frau Marie Heller, hier

Herr Karl Kirsherr, hier

Calw den 4. November 1919.

Kommunalverband Calw: Oberamtmann G. S.

Bereinigten Staaten verkauft worden. Das Luftschiff überschreitet noch die Ausmaße des „R 34“, der die Reise über den Ozean nach Amerika gemacht hat. Es mißt in der Länge 205 Meter, sein Fassungsvermögen beträgt 914 000 Kubikfuß, während „R 34“ eine Länge von 204 Meter und einen Fassungsvermögen von 610 000 Kubikfuß hat. Es ist ausgerüstet mit 8 Motoren von 400 PS., die ihm eine Stundengeschwindigkeit von 148 Kilometer geben. Das Luftschiff kann 30 Tonnen Brennstoff mitführen, die für eine ununterbrochene Fahrt von 13 000 Kilometer ausreichen.

Gegen den politischen Generallstreik.

Ein Aufruf der Reichsregierung und preussischen Landesregierung.

Berlin, 5. Nov. Die Reichsregierung und die preussische Regierung erlassen folgenden Aufruf:

Volksgenossen!

Ein vernichtender Streik soll gegen Euch geführt werden. Wir hatten dem Lande das schwere Opfer der zeitweiligen Einstellung des gesamten Personenverkehrs auferlegen müssen, um im letzten Augenblick Kartoffeln und Kohlen in die Städte zu bringen. Diese für Zehntausende von Einzelpersonen außerordentlich harte Anordnung mußte getroffen werden, um das Gespenst des Hungers, der Kälte und der Arbeitslosigkeit fern zu halten. Sie kann nur zum Erfolg führen, wenn alle Kräfte angespannt werden, um die fehlenden Transportmittel auch wirklich bis zum Letzten auszunützen.

Um diesen Erfolg soll das deutsche Volk betrogen werden. Gerade jetzt wird zum politischen Generallstreik aufgerufen. Ein Aufruf auf Leben und Gesundheit wird damit getrieben, in seinen Folgen so verhängnisvoll, daß die gesamte Bevölkerung ihm in einheitlicher Front den entschiedensten Widerstand entgegen setzen muß.

Der Kampf der Metallarbeiter ist, soweit er ein wirtschaftlicher Kampf war, durch Verhandlungen so gut wie gegenstandslos geworden. Trotz allem soll weiter gekämpft werden. So diktiert es eine zum Neuerstehen bereite Minderheit, an ihrer Spitze die von den Nationalen beherrschte Fünfschneckerkommission und der Unabhängige, kommunistische Rumpfvollzugrat. Sie sprechen offen von dem „politisch gewordenen Kampfe“.

Das deutsche Volk will Frieden, Ruhe, Ordnung und Brot. Es weiß, daß die Arbeit dieser Tage keinen Aufschwub duldet und es wird sich in seiner überwiegenden Mehrheit gegen Elemente wehren, die es noch tiefer ins Unglück stürzen.

Wir sind verantwortlich für Leben und Gesundheit von 60 Millionen Deutschen. Wir werden sie mit Ausnutzung aller Kräfte schützen.

Volksgenossen! Steht uns in diesen schweren Tagen zur Seite. Es geht um Euch und Eure Frauen und Kinder.

Berlin, 5. November 1919.

(Bez.): Die Reichsregierung:

Bauer, Schiffer, Dr. Vell, Dr. David, Erzberger, Dr. Geßler, Giesberts, Koch, Dr. Mayer, Müller, Röske, Schmidt, Schilde.

(Bez.): Die preussische Regierung:

Hirsch, Braun, Fischel, Hänisch, Heine, Oeser, Stegerwald, Dr. Südekum, am Zehnhoß.

Arbeit liefern, die in irgend einer Weise in die Rechte einer andern Gilde eingegriffen hätte. So war es beispielsweise nicht gestattet, daß ein Schuster Pelztiefel herstellte, da dadurch die Kürschner, oder, wie sie in alter Zeit hießen, die „Pelzer“ beeinträchtigt worden wären. Der Schuhmacher durfte nur den Lederschuh anfertigen; die Pelzherstellung mußte er dem Pelzer überlassen. Empfindliche Geldbußen standen auf dieser Uebertretungen. Jeder Gilde stand ein Amtsmeister vor, der über Recht und Gesetz wachte. Waren Streitigkeiten zu schlichten, oder galt es einen wichtigen Beschluß zu fassen, so wurde „hohe Morgensprache“ gehalten, der der Amtsmeister präsierte. Doch durfte er dies nicht allein; er mußte einen Ratscherrn zuziehen, der die Würde eines „Morgensprachsherrn“ bekleidete, so daß der Stadtrat dauernd über die Vorgänge innerhalb der Gilden unterrichtet war.

Ganz eigenartig gestaltete sich auch das Leben der Gesellen. Ihre freie Zeit war knapp bemessen; dafür wurden sie aber ganz zur Familie gerechnet und dementsprechend gehalten. Keinem Meister, und hatte er auch die größte Werkstatt, war es gestattet, mehr als zwei Gesellen und einen Lehrlingen zu halten. Uebertrat er diese Vorschrift, so wurde das Vergehen streng geahndet. Der in heutiger Zeit berühmte „Blaue Montag“ war in vergangenen Jahrhunderten eine durchaus rechtmäßige Einrichtung, eine Vergünstigung, die den Gesellen zustand, allerdings nicht an jedem Montag, sondern nur alle paar Wochen einmal. In manchen Städten, wie beispielsweise in Lindeburg, gab es gar nur einmal in jedem Vierteljahr einen Blauen Montag. Da die Kaufereien an diesen Tagen eine große Rolle spielten, so hielten die Gilden ihren freien Tag abwechselnd, damit nicht gar zu viele Gesellen gemeinsam ihre Freiheit ausnützten. Wanderte ein Geselle in eine fremde Stadt ein, so mußte er nach den genauen Regeln seiner Gilde durch das Stadtor ziehen und sich dadurch dem Torwächter als Schneider, Brauer oder Böttcher zu erkennen geben. Das Wohnen in einer beliebigen Herberge war ihm nicht gestattet; er mußte vielmehr in der Herberge seiner Gilde absteigen, wo er bei seiner Ankunft von dem Mitschiffer der Gilde einem

Jur Frage des Metallarbeiterstreiks in Berlin.

Berlin, 5. Nov. Der „B. Z.“ zufolge stimmen alle Parteien darin überein, daß die Generallstreikparole des Roten Volkstages nur geringe Erfolgschancen hat. Die Sozialdemokratie ist gegen den Generallstreik. Auch der Generallstreiksausschuß hat es gestern abgelehnt, dem Generallstreik zuzustimmen. Der Rote Volkstag hat davon aber in seiner Versammlung nichts mitgeteilt. Die Zahl der Arbeitsschließungen in den großen Etablissements der Metallindustrie nimmt zu. In den Siemenswerken arbeiten 6700 Mann. Auch die Angestelltenverbände haben es abgelehnt, sich am Streik zu beteiligen und auch die Angestellten der Metallindustrie aufgefordert, unbedingt in den Betrieben zu bleiben.

Sympathiestreik der Berliner Straßenbahner.

Berlin, 5. Nov. Wie das „Mittags-Abendblatt“ meldet, beschlossen heute die Funktionäre der Straßenbahn, zur Unterstützung des Metallarbeiterstreiks von morgen ab in den Streik zu treten. Nach diesem Beschluß muß mit einer völligen Lähmung des Groß-Berliner Straßenbahnverkehrs von morgen früh an gerechnet werden.

Vorsichtsmaßnahmen der Regierung.

Berlin, 5. Nov. Wie wir hören sind seitens der Regierung besondere Maßnahmen beabsichtigt, um jeden Versuch eines politischen Generallstreiks im Reine zu ersticken.

Berlin, 5. Nov. Von Oberbefehlshaber Koste wurde der Erlaß zum Schutz der lebenswichtigen Betriebe vom 17. Oktober für Groß-Berlin wieder in Kraft gesetzt. Dadurch werden alle Maßnahmen, die bezwecken, lebenswichtige Betriebe still zu legen, mit Gefängnisstrafe oder sofortiger Verhaftung bedroht.

Aus Stadt und Land.

Calw, den 6. November 1919

Beschränkung der Versammlungsfreiheit.

Das Ministerium des Innern hat gemäß Art. 50 a des Polizeistrafgesetzes angeordnet, daß innerhalb bewohnter Ortschaften öffentliche Versammlungen unter freiem Himmel, Umzüge und ähnlichen Kundgebungen bis auf weiteres verboten sind. Bezüglich aller politischen Versammlungen, gleichviel ob dieselben im Freien oder in geschlossenen Räumen stattfinden, wurde bestimmt, daß sie spätestens 12 Stunden vor Beginn bei der zuständigen Polizeibehörde angemeldet werden müssen.

Der reingefasene Hamsterer.

Das Süddeutsche Korrespondenzbureau schreibt: Ueberwachungsbeamte des Kriegswachamts haben aus dem hiesigen Bahnhof dem 21 Jahre alten Kaffeehausbesitzer H. B. aus Pforzheim schon wiederholt größere Mengen Mehl, Rauchfleisch und Eier abgenommen. Am 31. Okt. suchte sich B. nun an den Beamten des Kriegswachamts so zu rächen, daß er nach Göttingen fuhr und dort seinen Reisefreier mit „Mist“ füllten ließ, in der Annahme, die Beamten auf diese Weise hereinzulügen. Dies erregte jedoch das Mißfallen des B., der die Beamten aufforderte, ihn doch auf Hamsterware zu unteruchen. Daraufhin nahmen die Beamten B. mit sich auf ihr Geschäftszimmer und unterzogen das Gepäck des B. der gewünschten Untersuchung mit dem Ergebnis, daß inzwischen der letzte Zug nach Pforzheim abgefahren war, so daß B. in der Nacht „seinen Mist“ selbst nach Pforzheim tragen durfte.

strengen Verhör unterzogen wurde. Eigenartig war auch die sogenannte „Einfahrt“ eines neu zugewanderten Gesellen in die Gildenbrüderschaft. Diese Einfahrt fand meist mehrere Wochen nach dem Eintritt eines Gesellen bei einem Meister statt und gestaltete sich zu einem großen Fest, bei dem das Biertrinken freilich die Hauptsache war. Doch auch dieser Brauch wurde nach genauen Regeln gehandhabt. Die Gildenbrüderschaften besaßen meist eine ganze Anzahl großer Becher, die nur bei ihren Festlichkeiten benutzt wurden und die sonderbarsten Namen trugen. So nannte die Schuhmachergesellenbrüderschaft im alten Lindeburg einen Becher ihr eigen, der „das große Glück“ hieß; ein anderer wurde „Jungfernanne“ genannt, bei deren Leeren laut oder leise des fernem Liebchens gedacht wurde. Dann gab es den Becher „Der gute Wille“, der sonderbarerweise einen Schweinskopf darstellte, dem „Hemdsbecher“, der von einem eingerichteten Bergheimnistranz unwunden war und nur von den fremd zugewanderten Gesellen geleert wurde, die dabei ihrer Heimat gedachten. Ein Becher hieß „Das Bier auf der andern Hand“, er war besonders schwer und wulstig und durfte nur mit der linken Hand zum Munde geführt werden. Wer sich aber vergaß und dazu die Rechte gebrauchte, oder beim Trinken mehr Eier verschüttete, als eine Hand bedecken konnte, der mußte Strafe zahlen. Der letzte Becher, der bei der Einfahrt freiste, hieß die „Gerechtigkeits“, und dieser ging am längsten von Hand zu Hand; denn an ihm durfte sich jeder schadlos halten, der bei den vorangegangenen zu kurz gekommen war.

Alle diese Regeln und Vorschriften, die strengen Arbeitsgesetze sowohl wie auch die heiteren Eräude der Gildengeselligkeit bewirkten, daß innerhalb des Handwerks festes Zusammenhalten, Zucht und Ordnung herrschten, daß die Arbeit fröhlich gedieh und dadurch zu Wohlstand und Ansehen verhalf. Der alte Spruch, mit dem jeder eine Werkstatt betrat, „Gott e h r ein e h r b a n d w e r t“, bewahrheitete sich; Gott ehrete das Handwerk in alter Zeit durch seinen Segen, und die Menschen halfen ihm redlich dabei.

Bekanntmachung.

Wegen vollständiger Lahmlegung der Kohlenzufuhr können wir

in den Morgenstunden keinen Strom mehr abgeben und sehen uns gezwungen, die

Stromlieferung und zwar ausschließlich für Lichtzwecke auf die Zeit vom Einbruch der Dunkelheit bis abends 10 Uhr zu beschränken.

Jede Entnahme von Kraftstrom ist verboten. Gegen Zuwiderhandlungen müssen wir im Interesse aller Lichtabnehmer unnachlässig einschreiten.

Station Leinach, den 6. November 1919.

Gemeindeverband Elektrizitätswerk Leinach-Station (G. E. L.)

Calw, den 5. November 1919.

Trauer-Anzeige.



Verwandten und Bekannten die schmerzliche Nachricht, daß unser innigstgeliebter Mann, Vater, Großvater und Schwiegervater

Gotthilf Bubeck,

heute Vormittag 11 Uhr nach längerer Krankheit im Alter von 65 Jahren in dem Herrn entschlafen ist.

Um stille Teilnahme bitten

die trauernden Hinterbliebenen.

Die Beerdigung findet Freitag Mittag 4 Uhr statt.

Oberreichenbach, den 6. November 1919

Todes-Anzeige.



Teilnehmenden Verwandten, Freunden und Bekannten geben wir die schmerzliche Nachricht, daß meine liebe, treubeforgte Gattin, unsere liebe Mutter

Rosine Weber

nach kurzer schwerer Krankheit im Alter von 52 Jahren sanft in dem Herrn entschlafen ist.

In tiefer Trauer:

der Gatte: Friedrich Weber mit seinen Kindern.

Beerdigung Freitag Nachmittag 2 Uhr.

Fräulein Cath. Buys - Augendiagnose

Erkennung der Krankheiten aus den Augen

Homöopathie Malmshelm OA. Leonberg

Sprechstunden: Wochentags 9 bis 11 Uhr und 2 bis 5 Uhr
Sonntags keine Sprechstunde.

Achtung!

Kindertiefeln von Nr. 22 an, **Lederspangenschuhe**, **Leberhauschuhe** mit warmen Futter, **Filzschuhe** mit Schnallen, **Filzpantoffeln**, geflochtene **Lederschuhe** sind zu haben bei

Karl Stoll, Haaggasse.

Fehlende Nummern können in einigen Tagen geliefert werden.

Möbl. 1- oder 2-Zimmerwohnung

mögl. mit Küche vorübergehend bis Jan. für sofort von alleinstd. Frau mit 2 erwachsenen Kindern zu mieten gesucht.

Gefl. Angebote unter 3. 85 an die Geschäftsstelle des Blattes.

Bad. Hof. Samstag, den 8. Nov. 1919, im großen, geheizten Saal:

Literarischer Abend, Johanna Harnisch

Vortrag eigener Dichtungen in Vers u. Prosa in Verbindung mit musikalisch. Darbietungen

unter freundlicher Mitwirkung von Fräulein Luise Stäber und den Herren K. Belfer, O. Pfau und G. Wagner.

Aus dem Programm:

Liebesgedichte („Von den singenden Brunnen des Lebens“) Prosa-Skizzen („Aus dem Wunderland der suchenden Seele“) Ave Maria (Dichtung in vier Bildern) Vermischte Gedichte — Gesangssoli — Streichquartett.

Beginn 7 1/2 Uhr — Eintritt Mk. 1.50

Vorverkauf durch die Buchhandlung Paul Opp.

NB. Die Bücher von Johanna Harnisch sind in jeder gutgeleiteten Buchhandlung erhältlich.

Altbürg.

Geschäfts-Empfehlung.

Einer werten Einwohnerschaft von hier und Umgegend teile ich hierdurch mit, daß ich mein früher betriebenes

Kolonialwaren-Geschäft verbunden mit Mehlhandel

wieder eröffnet habe und halte mich in allen einschlägigen Artikeln bestens empfohlen.

Um geneigten Zuspruch bittend zeichnet hochachtungsvoll

Wilhelm Deutsch.

N.B. Lebensmittel-Bücher können auch auf mich übertragen werden.

Bau Liebenzell.

Buchbinderei

Buchdruckerei und

Einrahmungs-Geschäft

empfiehlt sich in allen einschlägigen Arbeiten.

Kaufe auch ältere Bildergläser.

Karl Fuchs.

Krauthobel

in allen Größen

empfiehlt

Carl Herzog, Eisenhandlg., Leberstr.

Ziegenfelle

50 Mark

Mehlfelle

30 Mark

Obige Preise bezahle jetzt für große gutbehandelte Felle. Für

Fuchs, Marder, Iltis

sowie alle anderen Felle

allerhöchste Preise.

E. Maishofer, moderne Verarbeitungsanstalt Pforzheim, Lindenstraße 52. Telefon 1501.

Liebenzell.

Eine schwere

Schaff-Ruh,

sowie eine ältere

Milch-Ruh

legen dem Verkauf aus

Gebr. Emendörfer, a. Dshen.

Hundekuchen

empfiehlt

Otto Jung, Landesprodukte.

Avenarius=Carbolineum

empfiehlt

Carl Serva, Fernspr. 120

Ein Schrankkasten

mit Rolladen, für Photographen geeignet, ist zu verkaufen.

Wo sagt die Geschäftsst. d. Bl.

Sehe einen 9 Monate alten

Farren

dem Verkauf aus.

Gottlieb Reichle, Würzbach.

Althengstett.

Einen 9 Monate alten

Stier

legt dem Verkauf aus

Gottlieb Riexle.

Wir beehren uns, Verwandte, Freunde und Bekannte von Stadt und Land zu unserer am Samstag, den 8. und Sonntag, den 9. November stattfindenden

Hochzeits-Feier

freundlichst einzuladen.

Karl Scheuerle,

Mehlwäcker und Wirt, Calw.

Minna Weiß,

Althengstett.

Trauung um 1 Uhr.

Neuhengstett.

Wir beehren uns, Verwandte, Freunde und Bekannte zu unserer am Samstag, den 8. November 1919 stattfindenden

Hochzeits-Feier

in das Gasthaus zum „Rößle“ hier freundlichst einzuladen.

Heinrich Charrier,

Sohn des Johann Jakob Charrier, Bauer, hier.

Elise Nagasse,

Tochter der Katharine Baral, geb. Nagasse, hier.

Kirchgang 12 Uhr.

Statt jeder besonderen Einladung.

Wir beehren uns Verwandte, Freunde und Bekannte zu unserer am Samstag, den 8. November 1919, im Gasthaus zum „Adler“ in Ottenbronn stattfindenden

Hochzeits-Feier

freundlichst einzuladen.

Ernst Scheeff,

Sohn des Ernst Scheeff, Weingärtner in Oberkirchheim,

Luise Weber,

Tochter des Ulrich Weber in Ottenbronn.

Kirchgang 12 Uhr in Hirsau.

Ältere Personen und Kinder

können leichte Heimarbeit bekommen,

auch nach auswärts,

in der Westfabrik.

Hilfsarbeiter u. Arbeiterinnen werden angenommen

Smünder Hakenfabrik „Original“, Hirsau, (Schweibach).

Jüngeres

Zugemädchen

für sofort gesucht. Näheres bei der Geschäftsstelle dieses Blattes.

Ehrliches, ordentliches

Mädchen

sofort gesucht.

Rittowskt, Ritterdrogerie Calw.

Wann fährt leerer Wagen von Schönbühl nach Liebenzell zwecks

Mitnahme von

2 Meter Holz.

Angebote an

Quambusch, Liebenzell, Althengstett.

25-30 Zentner gelbe

Bodenkohlraben

hat zu verkaufen

Jak. Stahl, Ostelsheim.

Jüngeren, tüchtigen

Schneidergehilfen

für sofort gesucht.

Sedelmater, Schneidermeister, Leberstr. 168.

Geld

verleihen an sichere Leute

monatl. Rückzahlung.

H. Blume & Co., Hamburg 5.

Weiss.

Englands Politik und Entwicklung.

Geheftet Mk. 1.60, gebunden Mk. 2.40, erhältl. in den hiesigen Buchhandlungen.